

„Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch eine nukleare Solidarität stehen.“

(Jean FRANÇOIS-PONCET, ehemaliger französischer Außenminister, Jänner 1992)

Festhalten an EURATOM – ein militärisches Motiv?



„Nur“ die „normale“ Lobby kann's nicht sein!

Am Ausgangspunkt zu dieser Frage steht eine nicht enden wollende Verwunderung: Der EURATOM-Vertrag, schon seit 1957 nicht angerührt, soll laut Entwurf des EU-Konvents nicht einmal im Zuge der ersten Verfassungsgebung für das gemeinsame, erweiterte Europa reformiert werden – und „alle“ schauen zu! Will heißen: nicht die Atomgegner, aber alle Regierungen und fast alle Parlamentarier. Die These ist nicht sehr gewagt: Nicht einmal die Regierung des Landes mit einem „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ (1999) würde in den Verhandlungen um die EU-Verfassung das Thema auch nur anschnitten, wären da nicht die Atomgegner aktiv. Auf den ersten Blick scheint das noch nicht umwerfend ungewöhnlich: schließlich reagieren die Regierungen, anderswo wie hierzulande, meist nur auf Druck von „unten“. Dennoch, gerade langjährigen, illu-

sionslosen Antiatom-Aktivisten drängt sich die Frage auf: Warum die s e Stille um EURATOM in der EU-Verfassung? Diese Passivität der „Atomfrei“-Staaten? Dieses Geschehen lassen gegenüber dem Konventspräsidenten und Atomlobbyisten ersten Ranges, V. Giscard d'Estaing?!? Mit „bloßen“ Industrielobby-Interessen ist das Ausmaß des Schweigens und der Untätigkeit zu EURATOM kaum erklärbar: die könnte man eingestehen, sie sind der Öffentlichkeit bewußt.

Es muß wohl mit uneingestandenen Beweggründen zu tun haben. Eine einzige Kategorie von Gründen ist vorstellbar, die zum einen noch stärker sind als das üblicherweise ausreichende Gewicht der industriellen Atomlobby und zum andern äußerst ungerne offen diskutiert würden: Beweggründe militärischer Natur. Gründe, die man in Österreich noch weniger eingestehen will als in den anderen EU-Staaten,

denn: erstens war dieses Land der erste Industriestaat mit ausdrücklichem Verzicht auf zivilen Atomeneinsatz; zweitens hat es eine besondere Tradition der militärischen Neutralität. Deshalb wäre der österreichischen Öffentlichkeit jegliche Teilhabe an militärischer Anwendung der Atomenergie noch schwerer vermittelbar als in „atomgewöhnteren“ Ländern. Mehr noch: es scheint, als wollten viele in Österreich gar nicht wissen, an welcher Bestimmung der Zug, auf dem das Land hier mitfährt, letztlich landet. Die Volksvertreter nicht, aber durchaus auch so mancher „kritische Bürger“ nicht: der Sprung aus dem „Atomfrei“-Status (zivil-atomfrei, nach frühem Ringen; und militärisch-atomfrei „so-wieso“) hinein in die Teilhabe an einer Atomstreitmacht ist für das Selbstverständnis von Herrn und Frau Österreicher begrifflicherweise kaum verkraftbar. Jedoch:

Die Weichen sind gestellt

Zwei große EU-Mitgliedsstaaten sind nuklear bewaffnet. Wichtige politische und militärische Verantwortliche in der EU haben seit längerem im Stillen die Weichen in Richtung einer gesamteuropäischen Atommacht gestellt. Das zieht für jene Mehrheit von EU-Ländern, die derzeit nicht atomar bewaffnet sind, wesentliche Fragen nach sich; und umso mehr für jene, die auch kein ziviles Atomprogramm haben oder dieses aufgegeben haben:

Sollen wir uns letztlich an atomarer Rüstung und an militärischer Atompolitik in der EU beteiligen – zumindest über deren Mitfinanzierung? Sollen wir einverstanden sein mit kontinuierlicher Uranbeschaffung aus Ländern der „3. Welt“ für militärische Zwecke der EU? Soll die große, bei Bordeaux in Frankreich geplante Anlage zur Simulierung von Atomtests schlußendlich das Fundament für die ständige Entwicklung neuer oder „verbesserter“ Atomwaffen für die EU-„Verteidigung“ werden? Beobachten die Regierungen nichtnuklearer Staaten in Wirklichkeit mit versteckter Genugtuung, wie all dies und mehr vorbereitet wird – (a) weil sie kaum gegen die militärischen Atommächte Frankreich und Großbritannien aufzustehen wagen; und (b) weil sie im Grunde ohnehin eine Supermacht Europa herbeiwünschen, die mit den USA rivalisieren kann, und sich ein solches Europa daher nicht anders vorstellen können als mit ähnlichem nuklearem Bedrohungspotential und mit der entsprechenden Infrastruktur in Wissenschaft, Industrie, Militär und Finanzen ausgestattet?

Nicht die Grünen allein sind hier mit Antworten in der Pflicht. Vor dem Hintergrund ihrer – auch noch heutigen – Programme allerdings sind sie in besonderer Weise herausgefordert, scheinen sich aber ebenfalls um die Frage eher zu drücken. Es wäre ein interessanter Test, grünen Spitzenakteuren wie J. Fischer oder J. Voggenhu-

ber die Frage zu stellen, ob sie für die Zukunft der EU eine nukleare oder nichtnukleare Verteidigung sehen...

Indizien-Kette

Je näher es rückt, umso weniger spricht man von Europa als atomar geschützter Weltmacht. Diese schon vorher erwähnte Tabuisierung bedingt, daß man offene Aussagen dazu (a) eher im Gesteirnis als im Heute und (b) eher anderswo als in Österreich auffindet:



Der damalige französische Staatspräsident François Mitterrand steuert einen Düsenjäger mit EU-Sternenkranz, der eine Atombombe mit der Aufschrift „Europäische Atomstreitmacht“ trägt. Er bringt das französische Atompotential in die Europäische Gemeinschaft ein – ein Souveränitätsverzicht, der für die skeptisch bis entsetzt aus dem Jenseits herabschauenden früheren Präsidenten De Gaulle und Pompidou nie in Frage gekommen wäre. (Karikatur: Le Monde, 12.1.1992)

Jänner 1992, „Rencontres internationales pour l'Europe“ („Internationale Begegnungen für Europa“): Frankreichs Staatspräsident Mitterrand vollzieht eine entscheidende Abkehr von der gaullistischen Nukleardoktrin. Erstmals spricht ein französischer Staatschef davon, die französische Atomstreitmacht in das geplante europäische Sicherheitsbündnis einzubringen. Frankreichs Ex-Außenminister J. Francois-Poncet erklärt:

„Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch eine nukleare Solidarität stehen.“ Für den mächtigsten Mann in der EU (damals noch EG), Kommissionspräsident Jacques Delors, ist die Politische Union, wie sie im



Auch Kommissionspräsident Jacques Delors trat für eine baldige EG-Atombewaffnung ein.

Maastricht-Vertrag niedergelegt ist, ein Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht. Beim selben Treffen stellte er die rhetorische Frage, „warum man nicht eines Tages, wenn es eine sehr starke Europäische Union gibt, dieser politischen Autorität die Atomwaffe übertragen sollte.“ Rasch wird der Plan konkret zwischen den beiden Nuklearmächten innerhalb der EG/EU, die zwangsläufig die Keimzelle jeglicher nuklearer „Supermacht Europa“ bilden würden: „FRANKREICH SCHLÄGT BRITEN ATOMARE KOOPERATION VOR“ (Schlagzeile in der Südde. Zeitung vom 3.10.1992). Auch für den damaligen Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, General

Von der Pariser zur EG-Nukleardoktrin Europa unter einem französischen Atomschirm?

François Mitterrand rührt an einem Tabu der Grande Nation

Die Presse, 20.1.1992



Klaus Dieter Naumann, ist in einem SPIEGEL-Interview (42/1991) das neue Europa „auf Atomwaffen angewiesen“.



K. Dieter Naumann

Daß es sich hierbei nicht „nur“ um eine Zusammenfassung der französischen und britischen Atomstreitmacht handelt, sondern um eine europäische unter europäischem Oberkommando, macht u.a. der französische Armeegeneral Michel Fennebresque in Le Figaro vom 4. September 1992 deutlich. Bezeichnenderweise plädiert er nachdrücklich für ein „Ja“ der Franzosen zum Maastricht-Vertrag. Denn „ein französisches ‚Nein‘ zu Maastricht“ hätte „noch ärgere Auswirkungen“ auf die gemeinsame europäische Verteidigung als das Scheitern ähnlicher Pläne (Fouchet-Plan) in den 50er und 60er Jahren. Unter dem Titel „Hin zu einer gemeinsamen Verteidigung“ sagt General Fennebresque: „Europa ist dichter bevölkert und reicher als die USA. Um eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, muß es über eine militärische Kapazität gleicher Größe (wie die USA) verfügen.“ Und dazu gehört bekanntlich ein riesiges atomares Arsenal.

Dies sind die Visionen maßgeblicher Entscheidungsträger in der Europäischen Union. Dies ist die Hauptbedeutung des Begriffes „Solidarität“ in der EG/EU-Neusprache. Vor zehn Jahren, zu EG-Zeiten; und heute, nach dem Irak-Krieg der USA, umso mehr. Die Aufholjagd gegenüber den USA läßt ganze Phalanxen von EU-Politikern in

nationalen wie in EU-Institutionen die Notwendigkeit gemeinsamer Militärpolitik und Rüstung beschwören. Auffällig – aber quasi „logisch“ – dabei: das Wort „atomar“, „nuklear“ tritt dabei so gut wie nicht in Erscheinung. Die Polit-, Militär- und PR-Strategen wissen, daß „gemeinsame Atomstreitmacht“, „europäische Kernwaffen“, „EU-Atombombe“, „Atomtestanlagen für die gemeinsame europäische Verteidigung“ bei Millionen von Europäern augenblicklich und nachhaltig ganz andere Assoziationen wecken würden als „europäisches Sicherheitsbündnis“, „gemeinsame europäische Rüstungsanstrengungen“, „europäische Solidarität bei der Verteidigung“ und ähnliches.

Bedeutung für die Perspektiven eines Atomausstiegs

Und eben deshalb sollten wir die eingangs gestellten Fragen nicht vergessen. Denn man kann zwar das genaue Ausmaß nicht vorhersagen, sicher ist aber, **daß bei einer gemeinsamen EU-Atomstreitmacht die zivile Atomenergienutzung in der EU festgeschrieben ist.** Es würde den meisten Entscheidungsträgern ja geradezu dumm vorkommen, Plutonium in eigenen militärischen Reaktoren zu erzeugen, wenn man es aus Kraftwerken kriegen und gleichzeitig Strom gewinnen kann – „zwei Fliegen mit einer Klappe“. Und es wäre tatsächlich dumm, solche militärischen Zwecke nicht so lange wie möglich hinter der

trefflichen Abschirmung ziviler – „friedlicher“! – Atomkraft zu verbergen. Für alle jene, die dennoch und immer noch bezweifeln, daß eine derartige Aussicht realistisch ist, gibt es dieses wunderbare Vorwort zu „30 Jahre Erfahrung mit Euratom – Die Geburt eines nuklearen Europa“* von Admiral Pierre Lacoste, Präsident der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale und einer der höchstrangigen französischen Militärs:

„(...) Wird Europa seine Ängste und Aberglauben überwinden können und fähig sein, auf dem Weg der Einheit hin zu einer völligen Beherrschung der Kernenergie fortzuschreiten? In ihrer militärischen Form ist sie zweifellos berufen, noch auf Jahre hinaus eine unersetzliche Rolle zu spielen – indem sie jeglichen potentiellen Aggressor daran hindert, einen bewaffneten Konflikt in Europa zu beginnen. In ihrer industriellen Form vermag sie uns den Zugang zu unerschöpflicher Energie zu garantieren – die oberste Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand und damit für den Frieden.“

Während in den frühen 1990ern einige begründete Hoffnung auf bescheidenen, aber kontinuierlichen Fortschritt in der atomaren Abrüstung bestand, bestätigt die Lage, mit der wir jetzt konfrontiert sind und die die Zukunft für einen beträchtlichen Zeitraum prägen könnte, die – in seinen Augen positive, in unseren negative – Erwartung von Admiral Lacoste, daß die Nuklearsensale „auf Jahre hinaus eine unersetzliche Rolle“ spielen werden. Was wiederum so sicher wie das Amen im Gebet sich in Unterstützung für die zivile Atomanwendung niederschlägt.

* Olivier Pirotte et al.: Trente ans d'expérience Euratom – La naissance d'une Europe nucléaire. Bruylant, Brüssel 1988.

profil-Cover 51/2003

Lebenslüge Neutralität

Wie eine Mogelpackung zum Mythos wurde.

Mag schon sein, dass bei der Neutralität viel gemogelt wurde und wird. Faktum ist: Österreich fährt mit ihr sehr gut (selbst nach ihrer schleichenden Aushöhlung zur Bündnisfreiheit). War nicht auch die schwarz-blaue Regierung heilfroh, als sie während des Irak-Krieges darauf verweisen konnte? Warum sprechen gerade jene so gern von militärischer Solidarität und Beistandspflicht, die Flüchtlingen und sozial Schwachen weder Solidarität noch Beistand gewähren? Die Abschaffung der Neutralität würde kurzfristig weitere Aufrüstung zulasten der Sozialbudgets und schon mittelfristig das Verheizen österreichischer Soldaten im Dienste dubioser Macht- und Geldinteressen bedeuten.

*Dr. Robert Eiter
Wels*

Profil 12.1.04

profil-Cover 51/2003

Was uns wirklich heilig ist

Leitartikel von Herbert Lackner.

Man kann immer alles so auslegen und uminterpretieren, wie man es gerade benötigt. Natürlich hat die österreichische Neutralität seit dem EU-Beitritt nicht mehr den Stellenwert, den sie 1955 hatte. Faktum ist aber, dass die wichtigsten Punkte im Neutralitätsparagrafen (kein Durchmarschgebiet, keine Beteiligung am Krieg, kein Überflugsgebiet) nach wie vor gültig sind und dass dies nach dem Wunsch der Bevölkerung mit Recht so bleiben soll.

*Klemens Kittinger
Innsbruck*

Profil 12.1.04

Die Argumente in den zahllosen Leserbriefen pro Neutralitätspolitik gewinnen noch größeren Ernst, wenn man die auch diesen kritischen Verfassern kaum bewußte Wahrscheinlichkeit hinzudenkt: Direkt – im Fall einer Militärischen Union – und indirekt – durch Mittragen einer zivil-atomaren Infrastruktur dank EURATOM – ist Österreich dabei, Teil einer militärischen Atommacht EU zu werden. Gewissermaßen in Vollendung der Hinrichtung seiner Neutralität. Ohne Diskussion. (Vgl. Schwerpunkttitel dieser PN.)

formationen verlangte. Nein, die Atomindustrie und ihre Lobby in Frankreich sind sich immer noch nicht sicher genug: Per einfachem Erlaß hat das französische Industrieministerium am 24.7.2003 praktisch alle Informationen über radioaktive Stoffe unter Geheimhaltung gestellt: frische wie verstrahlte Brennstoffe, strahlende Abfälle... Da nahezu jeder Nuklearbetrieb mit nuklearen Stoffen verbunden ist, öffnet dieser Erlaß der willkürlichen Auslegung Tür und Tor: der größte Teil von Frankreichs nuklearen Aktivitäten kann so der – ohnehin schon schwachen – demokratischen Kontrolle und der öffentlichen Debatte entzogen werden. Mitarbeiter der Atomindustrie selbst, der Überwachungsorgane, Journalisten und natürlich Antiatomorganisationen werden endgültig geknebelt. Die Maßnahme wurde keine Minute lang im Parlament diskutiert. „Dieser Erlaß ist einer Demokratie unwürdig“, schreibt die CRIIRAD, die einzige unabhängige wissenschaftliche Strahlenforschungs- und -informationsstelle Frankreichs am Schluß ihrer Petition zur Verteidigung des Rechts auf Information. Diese Maßnahme fügt sich nahtlos ein in eine ganze Kette von Tendenzen, Versuchen, Erfolgen, mit denen die Atomlobby national und international – weit abgehoben, aber eben auch un bemerkt vom Gros der Bürger – fröhliche Urständ' feiert – siehe etwa unsere diversen Berichte zu EURATOM.
www.sortirdunucleaire.org;
www.criirad.com

FRANKREICH

Atommaterial: militärische Geheimhaltung!

Der Atomstaat hat noch nicht genug: Electricité de France (EDF, jahrzehntelanges Strom-Monopol bis ins kleinste französische Dorf), COGEMA (Urangruben weltweit, Urananreicherung, Wiederaufbereitung), AREVA (ex-Framatome, Reaktorbauer), Commissariat à l'Énergie Atomique (CEA, staatliche Atomforschung mit zehntausenden Ingenieuren u.a. einflußreichen Mitarbei-

tern), die Ministerien eh und je durchsetzt mit Leuten der Atomindustrie (zB André Giraud, ex-CEA-Direktor, dann Verteidigungs- und Industrieminister), Ecole des Mines (höchste staatliche Ingenieurschule, in der sich die atombefürwortende Technikerkaste andauernd selbst fortpflanzt)... Und bereits 1983 ein Ministerialerlaß, der die Geheimhaltung für eine ganze Reihe von Atom-In-

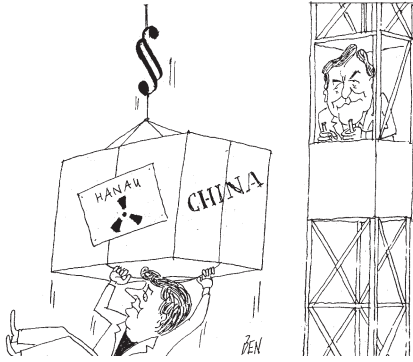
BITTE VORMERKEN:

PLAGE-

Hauptversammlung

29. April 2004, 19.45
im Gasthaus Stern
Griesgasse

(Nähere Angaben Seite 10)



Die Mehrheit der Deutschen ist gegen den Verkauf der Hanauer Plutoniumanlage von Siemens an China (aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag der IPPNW/ Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges). 58 Prozent der Bevölkerung den Export ab, 14 Prozent sind unentschieden, 28 Prozent sind dafür. Dazu Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident von Eurosolar: „Im bevölkerungsreichen China werden die Weichen für die zukünftige Energiepolitik der Welt gestellt. Die Bundesregierung muß den Export von Anlagen zur Herstellung regenerativer Energien an China fördern und nicht Atomanlagen an das Land exportieren.“ Laut Winfried Nachtwei, Bundestagsabgeordneter der Grünen, soll die Anlage von China für den Schnellen Brüter genutzt werden, nicht wie bisher angenommen für Leichtwasserreaktoren. „Schnelle Brüter produzieren Waffenplutonium, das für Atomwaffen genutzt werden kann“, d.h. „Exportantrag nicht genehmigungsfähig“. Mittlerweile haben sich rd. 7.000 Menschen mit über 900.000 Euro an der Überraschungsinitiative Hanau selber kaufen beteiligt, um den Export zu verhindern. (Quelle: IPPNW, 22.03.04)

TU' WAS? – Mitmachen beim Kauf?

>www.hanauselberkaufen.de;
www.plage.cc



USA/IRAK-Krieg US-Army eilt es mit Brennstoffzellen-Antrieb

Binnen Jahresfrist soll die Quantum Fuel System Technologies Inc. in Kalifornien den Prototyp eines Militärfahrzeugs abliefern, welches von einer Brennstoffzelle betrieben wird. Damit wurde die Firma vom National Automotive Center der US-Army gerade beauftragt. Der Auftrag umfaßt auch die Entwicklung des entsprechenden Wasserstofftanks. Laut VDI-Nachrichten ziehen so die US-Militärs „Konsequenzen aus dem Irak-Krieg“. Die Kosten einer Gallone (4 Liter) Treibstoffnachschub erreichen bis zum Einsatzpunkt im Irak fürwahr astronomische Höhen: 400 Dollar! Verflüssigter Wasserstoff ließe sich ungleich billiger und weniger empfindlich gegen Attacken befördern. „Der Beschluß der US-Army, den Brennstoffzellen-Antrieb in großen Stückzahlen in ihre Militärfahrzeuge einzubauen, könnte auch dem zivilen Einsatz unerwarteten Antrieb verleihen.“

Dazu fällt einem die Binsenweisheit ein: es gibt nix Schlecht's, was nicht auch sein Gutes hätt'. Wie wär's, wenn die US-Regierung oder andere Kriegslüsterne das nächste Mal im vorhinein und statt eines weitem abgelehnten Krieges einen Bruchteil der Kriegsmilliarden für eine sinnvolle Technologie ausgaben?! Achtung übrigens: Der Wasserstoff für die Brennstoffzellen kann zB in sonnen- oder windreichen Gebieten mit Strom aus Erneuerbaren Energien hergestellt werden. Der gegenwärtigen US-Regierung schwebt dafür aber vor allem – kaum verwunderlich – Strom aus neuen Atomkraftwerken vor.

(Quelle: VDI-Nachrichten, größte dt. Ingenieurszeitung, 17.2.2003 – Die Jahresfrist ist also abgelaufen, neue Nachrichten aber noch nicht bekannt.)



„IRAK: NEUES VON DER FRONT. – G.I.s - gefallen im Irak“. – Und gegenüber: „Wall-Street-Spekulanten – gefallen im Irak.“

Schwere Sicherheitsmängel in „Isar 1“

Vertrauliche Studie: Selbst der Absturz eines kleinen Passagier-Jets hätte katastrophale Folgen



Der österreichische NR-Abg. Peter Pilz von den GRÜNEN hatte die hier erwähnte Studie in die Hand bekommen. In einer vielbeachteten Aktion in der Münchner Fußgängerzone verteilte er eine Kurzfassung an die Passanten. Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Feststellung der amtlichen Strahlenschützer, daß insbesondere die älteren AKWs einem Passagierflugzeug nicht standhalten würden – ob bei Unfall oder Terrorangriff – wurde vom SPIEGEL erhoben. (Siehe nebenstehend, aus SPIEGEL 10/04)



„13 Milliarden Eigenkapital und 25 Milliarden Schulden“

Laut Umgebung des französischen Finanzministers Francis MER sind die Finanzen von Electricité de France (EDF) „nicht auf der Höhe der Ambitionen“ des größten AKW-Betreibers der Welt. Sprich: die Aufkauf-Politik von EDF in anderen Ländern und Kontinenten – u.a. die Beteiligung an der steirischen ESTAG – steht auf tönernen Füßen. Mit entsprechenden Risiken: Standortschließungen, Entlassungen usw. Vor allem aber: wie verträgt sich das mit der angeblich so wirtschaftlichen, rentablen Atomstromerzeugung? Der französische Staat „hat keinen Groschen übrig“, um – wie früher – als Aktionär Milliarden zuzuschießen. Doch „glücklicherweise“ lassen sich Verluste ja zB im Sicherheitsbereich ausgleichen - vgl. VerSager unten.

(Quellen: Libération, 3.10.2003, Le Figaro économique, 3.10.2003 u.a.)

„Um die Rentabilität zu erhöhen, spart EDF schon jetzt an den Wartungskosten“...

- eine vorauseilende Folge der geplanten Privatisierung des Unternehmens im Zuge der völligen Strommarktöffnung 2007. Ähnliches wurde bereits aus anderen Ländern, zB Schweiz, USA, berichtet. Eine weitere Maßnahme von gleichem Kaliber: Ohne auch nur die Zustimmung der französischen Aufsichtsbehörde für Nukleare Sicherheit ASN einzuholen, verlängert EDF im Herbst 2003 per Federstrich die Lebensdauer seiner 58

...und setzt die Reaktor-Laufzeit 30 auf 40 Jahre hinauf!

Reaktoren von 30 auf 40 Jahre. So sind sie über Nacht mehr „wert“. Und statt eines saftigen Verlustes in der 1. Halbjahresbilanz 2003 von rd. 6 Mrd. € zaubert der Konzern einen Gewinn von 728 Mio. € aus dem Hut.

Die weitere Folge beider Tricks: die Unfallgefahr in den AKWn steigt. Wegen dieser Gefährdung des Allgemeininteresses wird die (Art der) Privatisierung zu Recht kritisiert. Die in der EDF-Belegschaft mächtige Gewerkschaft CGT allerdings sperrt sich vor allem aus egoistischen Interessen gegen die Privatisierung: über 2 Milliarden Euro bekommt sie laut bestehendem Statut jährlich für ihre eigene Kasse. Allein schon deswegen blieb die KP-nahe CGT stets einer der getreuesten Bundesgenossen der französischen Pro-Atom-Politik, ob von „links“ oder von „rechts“. Zwecks Aufbrechen dieses Interessensfilzes können Atomkritiker jedenfalls kaum irgendwo die EU-Strommarktliberalisierung so befürworten wie im Falle Frankreichs.

PLAGE-Geister-PORTRÄT:

Seit Herbst 2002 verstärkt Michaela Wagner, Diplomandin am Institut für Geschichte der Universität Salzburg, unser PLAGE-Büro. Sie ist selbst seit früher Jugend gegen den atomaren Wahnsinn aktiv: der Bio-Bauernhof ihrer Eltern liegt im Mühlviertel nahe der Grenze, in der N-S-Direttissima vom AKW Temelin...



Michaela fügte sich im Handumdrehen ins PLAGE-Team ein, und wir fragen uns manchmal, wie der Bürobetrieb früher – ohne ihre tatkräftige Mithilfe – so reibungslos laufen konnte. Zusammen mit ihrem Freund, einem Spezialisten in dem Bereich, knackt sie auch so manche Computer-Nuß. Sie hilft zudem bei der Betreuung der PLAGE-Bibliothek und des PLAGE-Zeitschriftenartikel-Archivs. „Geringfügig“ im Beschäftigten-Status – alles andere als „geringfügig“ aber als Mitarbeiterin! Was für „Ober-PLAGEgeist“ Heinz Stockinger, ihren „Chef“, Michaelas hervorspringendes Markenzeichen als Partnerin bei der Arbeit ist? „Ihr starkes Herz und ihr heller Verstand sind ebenso begeisterungs- wie entrüstungsfähig. Aber sie macht darüber nicht viel Worte. Selten trifft man auf jemanden, der derart selbstverständlich, derart ruhig, derart regelmäßig eine nach der anderen die nötigen Arbeiten verrichtet. Wir hätten keinen glücklicheren Griff tun können.“



„... – aber dabei das Recht aller Staaten auf die friedliche Verwendung der Kerntechnik unangetastet lassen.“

Mohammed EL-BARADEI, Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Süddeutsche Zeitung, 16.2.2004, in einer weltweiten Warnung an die Staatengemeinschaft, die nukleare Bedrohung der Welt sei heute größer denn je. Einerseits wegen der Weiterverbreitung waffenfähigen Materials bis in terroristische Netzwerke. Andererseits durch das Erschaffen bzw die Unterminierung der Abrüstung atomarer Massenvernichtungswaffen. Atomwaffensperrvertrag und Weiterverbreitungskontrolle müßten wiederbelebt und ausgebaut werden. Lobenswert! Bloß der übliche Denkfehler, das blinde Auge derer, die die Illusion von der „friedlichen Anwendung der Kerntechnik“ fallenzulassen unfähig sind: die Illusion, daß obige Ziele erreicht werden könnten, wenn man durch die zivile Atomnutzung Grundtechnik, Grundmaterialien und überdies den „friedlichen“ Deckmantel aufrechterhält. (> Vgl. Brennelemente-Fabrik Hanau/China, Karikatur und Kommentar, S. 5)



Energiesparerfolg an Schulen mit „Fifty-Fifty“

„Anfängliche Skepsis in Begeisterung verwandelt“

1996/97 hatte auf Initiative und Vorarbeit der PLAGE hin Mag. Angelika Müllner-Pillwein am BG III in der Stadt Salzburg unter unserem Motto "Energiesparen macht Schule!" das Hamburger Modell "Fifty-fifty" erstmals in Österreich angewandt. Die Energieeinsparung konnte sich sehen lassen - damals noch in Schilling: rund 100.000 S weniger Energiekosten im Jahr. Die Verwaltungsbürokratie konnte allerdings nicht überwunden werden: der Schule wurde der eingesparte Betrag vom nächsten Jahresbudget... abgezogen! Nichts war mit "fifty" für die Schule, die Schüler, die Lehrer. So wurde eine Initiative, die die PLAGE als Anstoß zu einem Schneeball für ganz Salzburg, letztlich für ganz Österreich unternommen hatte, erstickt.

Nun ist das "Fifty-Fifty-Modell" im Rahmen des Klimabündnisses in der Steiermark wieder „aufgetaucht“, und offenbar sind nunmehr - nur dort? - die bürokratischen Stolpersteine geringer geworden: "Die anfängliche Skepsis der Schul- und Gemeindevertreter hat sich, nach Vorliegen der Ergebnisse, in Begeisterung verwandelt". Denn das, was die Hauptschulen Passail I und II, sowie die Hauptschule Neumarkt "zu Wege gebracht haben, ist sehenswert: 2.531,- Euro Gewinn für Neumarkt und an die 500,- (...) für Passail (...). Energie sparen in den Schulen lohnt sich und zwar sowohl für das Schulbudget, aber noch viel mehr für unsere Umwelt."

Gesamt-Einsparungen der beiden Schulen

	Bonus gesamt €	Mehr- bzw Minderverbrauch
Neumarkt	5.62,24 2.531,12*	-27,93%
Passail	977,02 488,51*	-6,16%

*) Anteil der Schule bzw. der Gemeinde (gesamt) / €

(Klimabündnis-Nachrichten 3/2003) Das und viel mehr und früher hätte es geben können, wenn...

September 2003

Wolfgang Schüssel

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel

Auf einen Brief mit dieser Unterschrift wartet die PLAGE seit Ende September letzten Jahres! Gemeinsam mit der Oö. Plattform richteten wir damals an den Kanzler und an den zuständigen Wirtschaftsminister Martin Bartenstein über ein halbes Dutzend Fragen nach Folgen aus dem Pleite-Fall British Energy (BE) für Österreich. Die staatliche Milliarden-subsidierung an den konkursreifen britischen Atomstromerzeuger kann ja wenn, dann nur unter dem Schutz des EURATOM-Vertrags vonstatten gehen. Entgegen dem EU-Wettbewerbsrecht. Zum Nachteil aller anderen Energiesparten. Etwa auch der Erneuerbaren Energien in Österreich. Daher unsere Frage und Anregung: Hat die Regierung je eine Klage vor dem EuGH u.ä. ins Auge gefaßt? (> Vgl. PN 3/03, S. 6.) Kanzler Schüssel ließ uns von einem Sektionschef im Umweltministerium antworten - an unseren Fragen vorbei. Anlässlich der vor rd. zwei Jahren schon beschlossenen, nach Protesten geplatzten Kooperation zwischen dem deutschen Atombetreiber E.ON und der österreichischen Verbundgesellschaft war er sich nicht zu schade, sich mit den Strombossen für ganz Österreich im Gruppenfoto zu zeigen. Der Schutz der österreichischen Stromwirtschaft vor unlauterer Konkurrenz unter dem EURATOM-Vertrag ist ihm hingegen nicht einmal eine eigene Stellungnahme wert. - Auf Min. Bartensteins Antwort warten wir überhaupt immer noch. Auch auf ein Erinnerungsschreiben von Ende November 2003 hat er nicht reagiert. Oder vielmehr doch! Anfang Dezember erhielten die PLAGE vom Salzburger NR-Abg. Johann Maier eine „Antwort“ des Ministers. Der SPÖ-Abgeordnete hatte den Atomgegner-Brief an Bartenstein, welcher in Kopie auch an alle Abgeordneten geschickt worden war, in eine parlamentarischen Anfrage mit 8 Einzelfragen umgemünzt, die genau den unsrigen entsprachen. Da mußte der Herr Minister sich bequemen.

PLAGE TAGEBUCH

September 2003 - April 2004

Und bequem machte er es sich in der Tat: Keine Antworten zu den jeweiligen Fragen 1 - 8. Bloß eine einzige längere „Wurscht“. Die „Wurscht“ haben wir seziert. Ergebnis: Einzig auf Frage 1, bezeichnenderweise die all-gemeinste aller Fragen ging Bartensteins Text ein. Auf die übrigen, sehr konkreten und präzisen Fragen antwortete er schlicht nicht. Was, meine Antwort ist keine? Na und? Parlament, Volksvertreter, was kümmert mich das! Und erst die Bürger, oder Bürgerinitiativen! Einmal gewählt, sind wir niemandem mehr Rechenschaft schuldig, Punkt.

Für die Bundesregierung selbst gilt, was ihr der durch-aus nicht überkritische Ex-ORF-Generalintendant Gerhard Weis scharfsichtig als Resultat ihrer Politik im ORF vorwirft: „Diese Bundesregierung hat kein Interesse an Diskurs und Auseinandersetzung. Da beherrscht man lieber die Medienszene mit eigenen Aussagen und weicht Diskussionen aus.“



29. September 2003

Indische Solarkocher-Partner in Salzburg

Janak McGilligan, die Leiterin des Barli Development Institute for Rural Women in der indischen Provinz Gujarat. Einen



schönen Abend lang unterhielten sich PLAGE-Geister, die sich in der Solarkocher-Kooperation mit dem Institut engagieren, bei Gastgeberin Angelika Müllner-Pillwein mit ihr und ihrem Mann, Jimmy McGilligan, einst irischer Entwicklungshelfer im Land. (Vgl. PN 3/03.) Die direkte Begegnung ließ uns

einerseits zwei großzügige, weitblickende Menschen kennenlernen. Zum andern konnten verschiedene Seiten unseres gemeinsamen Solarkocherprojekts noch gründlicher besprochen werden als auf elektronischem Weg. Umso mehr wissen wir, daß die Sonnenkocher-Ausbildung und -Vergabe im Barli Institute in guten Händen ist.

26. Oktober 2003

Nationalfeiertag 2003 Für Sonne, gegen Atom:

Was hält der Heinz denn da? Gespanntes Schmunzeln auf dem Gesicht, ebenso wie bei PLAGE-Sekretärin und „Mütter“-Obfrau Gerhild Kremsmair und Georg Spiekermann. Läuft ihnen das Wasser schon im Mund zusammen? Ein Dutzend PLAGE-Aktive mit Anhang hatten sich in Koppl bei Elfriede und Franz Greisberger, Kachelofenbauer u.v.m., eingefunden, um eine kleine aber feine Erfindung Georgs einzuweihen: als Bäcker köstlicher frischer Waffeln auf PLAGE-Flohmärkten war ihm eines Tages der Einfall gekommen, statt des üblichen Waffelmusters eines mit Sonne und „Atomkraft – nein danke“ zu entwerfen. Gar nicht so leicht, einen Eisengießler dafür aufzutreiben! Schließlich darf zB der Teig nicht am Metall haften bleiben. Natürlich ist das dann auch die Sache des Kochs, der Köchin! Also führte Georg uns alle in die Kunst des antiatomaren Waffelbackens ein. Das Ergebnis schaut nicht nur appetitlich aus, sondern schmeckt auch so. Und in die (Anti-)Atom-Sonne beißt jede/r Atomgegner/in natürlich noch mal so gern! Neben dem Vergnügen haben sich die Waffeln bei Demonstrationseinsätzen der Spiekermann-Familie denn auch schon als das g'scheitere Fast-Food für hungrige Demonstranten erwiesen! Falls da jemand Appetit bekommt – aufs Essen oder auf das Aktions-Utensil:

Bestellung: Dipl.-Ing. Georg Spiekermann, Walderdorffstr. 23, 4470 Enns, T: 07223-81870, F: -82924, spiekermann@utanet.at, oder übers PLAGE-Büro. – Übrigens gehört dazu natürlich ein Hitzelieferant: der von Georg aus kleinen ausgerichteten Bier- oder Lebensmittelfässern gebastelte Waffelofen. Oder ein Herd alten Typs mit herausnehmbaren Ringen, sodaß man das Waffeleisen in die Öffnung überm Feuer hängen kann.

10. November 2003

US-Völkerrechtler wegen Temelin in Salzburg

Prof. Jon Van Dyke von der University of Hawaii hat u.a. zu völkerrechtlichen Fragen von Atommülltransporten auf See gearbeitet. Etwa zu den Verschiffungen abgebrannter Brennstäbe aus japanischen AKWs zur Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im französischen La Hague und zurück. In puncto Temelin aber besonders interessant: Jon Van Dyke hat vor Jahren die philippinischen Atomgegner gegen die US-Atomfirma Westinghouse vertreten, die in Bataan auf der Hauptinsel des Archipels das erste dortige AKW erbaut hatte. Welches aufgrund des Widerstandes bzw zahlreicher Mängel nie in Betrieb ging. Dieses „philippinische Zwentendorf“ ist zu einem Gutteil also dem US-Völkerrechtler zu verdanken. Nach bereits längeren Kontakten nützte Van Dyke einen Kongreß in Paris, um sich in Salzburg mit Vertreter/inne/n von PLAGE und Oö. Plattform ein lebendiges Bild von den Auseinandersetzungen um Temelin zu machen. Selbständig hatte er sich bereits zuvor mit rechtlichen Aspekten des Temelin-Nachrüstungs-Deals zwischen der tschechischen Betreiberin CEZ, dem Reaktorbauer Westinghouse (jetzt Tochter der britischen BNFL) und der US-ExportImport-Bank befaßt. Die Zusammenarbeit kann für weitere Rechtsschritte gegen Temelin und Westinghouse fruchtbar sein. Prof. Van Dyke hat u.a. bereits dreimal die akademische Auszeichnung „Outstanding Law Professor“ erhalten.

13. Jänner 2004

Bulgarisches TV filmt bei PLAGE

„Wir werden eine TV-Reportage filmen über die Stimmung in Österreich zum Thema Atomkraftwerke, Atomenergie

und EU-Erweiterung“, hatte Boyko Vassilev, vom Bulgarischen Nationalfernsehen im e-Mail seinen Interviewwunsch erklärt. „Wir respektieren Ihre Tätigkeit und die lange Geschichte, die Sie in diesem Themenbereich haben.“ Mit zwei Kameraleuten reiste der Redakteur des Dokumentar-Magazins „Panorama“ von Wien an. Im eineinhalbstündigen Interview kamen Meilensteine der PLAGE-Aktivitäten bzw der österreichischen Antiatombewegung zur Sprache: der Kampf gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf (Bayern), die von Maria Fellner initiierte erste große Unterschriftensammlung gegen Temelin (1988), die aktuelle Beteiligung am inner- und außerösterreichischen Lobbying gegen EURATOM u.v.m. PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger stellte dies als Beweis heraus, daß Protest und Aktivitäten der österreichischen Atomgegner in gleicher Weise den Atomanlagen in Ost- und Westeuropa gelten. Inzwischen sollte also wohl das Wackersdorf-Widerstands-DenkMal beim Salzburger Mozartplatz über die bulgarischen TV-Schirme geflimmert sein: der Hinweis darauf hatte es dem Reporter-Team augenblicklich angetan, so daß es seine Dreharbeiten in Salzburg beim „Zaun des Anstoßes“ nahe der Mozart-Statue abschloß.

30. Jänner 2004

Friedenswerkstatt-Konferenz zur EU-Verfassung: Vortrag über „EURATOM – militärische Hintergründe“

von PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger. Vgl. den Schwerpunkt dieser Ausgabe sowie die Buch-Besprechung zu „EU-Verfassung – Europa der Konzerne und Generäle?“.

Februar/März 2004

CEZ mit Temelin-Propaganda an Salzburger Schulen – PLAGE kontert!

Aus Oberösterreich war von CEZ' Versuchen, an hiesigen Schulen für die Atomenergie insgesamt und für das AKW Temelin im besonderen Stimmung zu machen, bereits dann und wann zu hören

gewesen. Erstmals entdeckte der Biophysiker Dr. Franz Daschil im Februar einen geplanten CEZ-Auftritt im Bundesland Salzburg: am Bundesgymnasium Zell am See. Im zweitstärksten österreichischen „Widerstandsnest“ gegen Temelin *soll die gebildete Jugend (Gym-Oberstufe) offenbar systematisch „umerzogen“ werden*. Ein Betrieb mit Milliardenumsatz hat es gerade in Zeiten leicht, an Schulen zu punkten, wo diese mit immer knapperen Budgets auskommen, Zusatzangebote streichen müssen usw. Angebote von professionellen Informationsvorträgen „aus erster Hand“ sind da willkommen. Zumal sie die Schule nicht nur nichts kosten, sondern **CEZ auch ganze Schulklassen zur Besichtigung des AKW nach Temelin einlädt, dazu Bewirtung und Ausflug nach Budweis**. Die große Illusion – daß solche Besichtigungen kaum etwas Wesentliches lehren, sondern das Wesentliche unter Glanz und Macht der Anlagen eher verschleiern – durchschauen oft nur Geübte. So berichtete der PLAGE wenig später der Vater eines Schülers am BG Hallein, (Anfang März weiterer CEZ-Infoauftritt) daß sein technikinteressierter Sohn begeistert und von der Sicherheit Temelins völlig überzeugt heimgekommen war. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die nächsten Auftritte bereits fixiert waren: am 16. und 17.3. im Akademischen Gymnasium Salzburg bzw im BG Mittersill. Im BG Zell hatte Dr. Daschil kurzfristig dem verantwortlichen Physiklehrer eine Zeitspanne innerhalb der CEZ-Veranstaltung zur Darstellung wenigstens einiger kritischer Aspekte abgerungen. Angesichts einer wahren Propagandawalze war dem jedoch umfassender entgegenzutreten. In einem Schreiben **an Landesschulrat und Landesregierung fordern PLAGE und Oö. Plattform eindeutige Bedingungen für die CEZ-Aktivitäten**: Gewährleistung von Pro und Kontra; Nachholen der kritischen Argumente dort, wo die CEZ bereits einseitig aufgetreten ist; finanzielle Unterstützung für die kritische Informationsarbeit – nebenberuflich und obendrein auf eigene Kosten ist halbwegs chancengleiches Gegenhalten gegen einen Konzern wie CEZ unmöglich zu leisten. Oberste Forderung ist allerdings die Unterbindung der Schulaktivitäten der tschechischen Atomfirma in Österreich. Immerhin hat das Parlament in Wien 1999 ein "Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich" verabschiedet. Doch diese formale Handhabe ließe uns nicht auf ein „Schulverbot“ für CEZ dringen, solange einigermaßen

Chancengleichheit und Pro+Kontra gewahrt blieben. Doch die Oö. Plattform und die Südböhmischen Mütter gegen Temelin „haben die Erfahrung, daß die CEZ die Informationsveranstaltungen und Diskussionen in Österreich, ganz gleich, wie gut sie unserer Meinung nach verlaufen, in Tschechien für dortige Propagandazwecke mißbraucht.“ Sie nehmen irgendwelche Aussagen von Teilnehmern aus dem Zusammenhang heraus, so daß die tschechische Bevölkerung ihrerseits den Eindruck bekommen kann, viele Österreicher stünden Temelin und der Atomenergie gar nicht so ablehnend gegenüber, wenn man sie nur fachgerecht informiere. Obendrein stellt die CEZ ihre Info-Auftritte südlich des Böhmerwalds als Beweis für Ihre Bereitschaft zur Offenlegung und zur Information der österreichischen Bevölkerung dar, wie sie der „Melker Prozeß“ fordere! Kurzum, jedwede Form von Auftritten in Österreich wird die CEZ in Tschechien als österreichische Bestätigung für Temelin und für die Atomenergie verkaufen. Daher haben diese Aktivitäten aufzuhören und die österreichischen Politiker und Behörden entsprechend zu handeln.

Tu Was?! *Geplante oder stattgefundene CEZ-Auftritte an Schulen der PLAGE zu melden wäre keine schlechte Idee ...*

9. März 2004

„Strahlenpaß“ – zurück an den Start?

Und wieder ein Jahr um! Seit am 13. Jänner 2003 das erste Gespräch mit unserem neuen "Gegenüber" in der Landessanitätsdirektion, Umweltmediziner Dr. Gerd Oberfeld, stattgefunden hatte, kam es am 15.5.03 zu einer weiteren Runde, diesmal mit Dr. Hubert Kubin, dem Nachfolger unseres jahrelangen – widerwilligen – Gesprächspartners Dr. Ortner als Salzburger Radiologen-„Chef“. Der neue Vorsitzende des Radiologenverbandes, ein offener Pragmatiker, war vor allem dem Argument zugänglich, daß die „neue“ Richtlinie 97/43 EURATOM zum Patientenschutz vom 9. 7. 1997 die Aufzeichnung medizinischer Strahlenanwendungen empfiehlt; und daß die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland in der Röntgenverordnung ein Informationsrecht der Patienten darauf festschreibt. Als wissenschaftlicher Vertreter der PLAGE betonte Dr. Franz Daschil, daß aufgrund

dieser EU-Richtlinie nun jeder röntgende Arzt in Deutschland den dort eingeführten Röntgenpaß aufliegen haben und seinen Patienten anbieten muß. Einen ganz ähnlichen freiwilligen, jedoch von der öffentlichen Hand empfohlenen und unterstützten Gebrauch stellen wir uns für Österreich vor. Und, im praktischen Versuch, zunächst für das Bundesland Salzburg. Zu einem derartigen Versuch war Dr. Kubin bereit. Insbesondere, wenn die Gebietskrankenkasse (GKK) zu einer früheren Aussage stünde, für den gewissen zusätzlichen Aufwand der Röntgen-Eintragung eine Abgeltung zu zahlen. Es konnte erreicht werden, daß die Landessanitätsdirektion Dr. Daschil mit der Ausarbeitung eines umsetzungsfähigen Projektes „Röntgen- und Strahlenpaß“ beauftragte, das dann in einer weiteren Gesprächsrunde nach etwaigen Nachjustierungen beschlossen werden sollte. Es kam wieder einmal anders. Am 9. März ds.J. fanden sich im Büro Dr. Oberfelds neben Dr. Kubin, Biophysiker Daschil und den PLAGE-Geistern Th. Neff und H.

Stockinger auch zwei juristisch-administrative Vertreter der Ärztekammer ein, sowie Dr. DI Hassan Rahim und Mag. Jörg Mack, die im Land mit der Kontrolle der Strahlenschutzvorschriften bzw der Röntgen- und Bestrahlungsgeräte



Dr. DI Hassan Rahim, Strahlenschutzbeauftragter der Salzburger Landeskliniken

betrault sind. Die lange, zähe und teils bewegte Diskussion läßt sich zusammenfassen in: **Wir halten den Röntgenpaß für überflüssig, wir wollen ihn nicht**. Und Dr. Kubin war offenbar von den übrigen umgestimmt worden. PLAGE-Sprecher Stockinger stellte daraufhin umgehend unter Beweis, daß die Plattform in keiner Weise einen Justamentstandpunkt einnimmt. Rahim und Mack hatten nämlich argumentiert, der Aufwand für den Röntgenpaß lohne nicht, es gebe zahlreiche Maßnahmen, mit denen ungleich mehr unnötige Strahlenbelastung verringert werden könnte. (O-Ton Rahim: „Und da finde ich keine Unterstützung.“) „Dann steht die PLAGE nicht an, sofort umzuschwenken. Trotz mittlerweile 15 Jahren Anläufe für einen Strahlenpaß. Gehen wir die von Dr. Rahim erstellte Liste strahlenreduzierender Maß-

nahmen in der Landesmedizin durch. Schauen wir, welche wir, aber auch andere Gruppierungen oder Körperschaften, über die GKK bis hin zu den Patienten-Selbsthilfegruppen, in Öffentlichkeit und Politik unterstützen könnten." Es reichte noch zu einer Anerkennung von Dr. Rahim für diese bereitwillige Flexibilität der PLAGÉ. Doch nicht von ihm und schon gar nicht von den ÄK-Vertretern irgendein konkretes Signal im Sinne "Ja, packen wir's an. Kooperieren wir. Holen wir weitere ins Boot." Letztlich wollen die amtlichen Strahlenschutzbeauftragten und die Ärzte-Bürokratie unter sich bleiben. Denn in der Tat: „Wir sind augenblicklich bereit, auf vielleicht bessere Vorschläge einzugehen. Umgekehrt hoffen wir, daß Sie wenigstens manchmal ein Hinterfragen mancher Praktiken in der medizinischen Strahlenanwendung gelten lassen. Und nicht stereotyp gleich abblocken." Das war offenbar schon zuviel erwartet.

Ob und wie es noch positiv weitergehen kann, hängt nun einmal davon ab, wie der oder die neue Landesrat/Landesrätin fürs Gesundheitswesen zum Vorhaben steht.

2049 Röntgen-Opfer

Krebsfälle durch Strahlenbelastung

In Deutschland erkranken jedes Jahr 2049 Menschen aufgrund von Röntgenuntersuchungen an Krebs, schätzen britische Wissenschaftler von der Universität Oxford (*Lancet*, Bd. 363, S. 345, 2004). Die Forscher haben versucht – basierend auf den Krebsregistern und Untersuchungsstatistiken von 15 Ländern – das Krebsrisiko zu errechnen, zu dem sich die Gesamtzahl aller Röntgenuntersuchungen im Laufe des Lebens addiert. Deutschland, bekannt als Rekordhalter in Sachen Strahlenbelastung, schneidet auch diesmal schlecht ab: 1,5 Prozent aller Krebserkrankungen, die durch die Belastung mit Risikofaktoren verursacht wurden, sind hierzulande der Röntgenstrahlung zuzuschreiben. Nur Japan und Kroatien schneiden mit 3,2 und 1,8 Prozent schlechter ab. Als besonders gefährlich stufen die Radiologen die Röntgenuntersuchung von Herzgefäßen ein. Folgeschwerer als gängige Röntgenbilder seien aber CT-Aufnahmen.

In einem Kommentar relativiert Peter Herzog von der Universität München die Daten allerdings: Die Hochrechnungen beruhen auf der Zahl der Krebsfälle nach den Atombombenabwürfen über Japan. Damals seien aber deutlich höhere Strahlendosen aufgetreten, sodass eine Umrechnung auf Röntgenuntersuchungen problematisch sei. Auch sei die medizinische Bedeutung des Röntgens zu wenig in Betracht gezogen worden. mich

Südd. Zeitung, 30. 1. 04

TERMINE 2004



29. APRIL 2004

19.45 Uhr: PLAGÉ-Hauptversammlung, Sternbräu, Griesgasse. Alle Vereinsmitglieder sind zu diesem "Familienereignis" (alle zwei Jahre) herzlich eingeladen.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Bericht der Obleute; Diskussion der Berichte
3. Bericht des Kassiers und der Rechnungsprüfer
4. Entlastung des Vorstandes
5. Neuwahl des Vorstandes
6. Anträge, Resolutionen?
7. Allfälliges

Anträge an die HV bitte bis 3 Tage vorher schriftlich ans PLAGÉ-Büro.

23. APRIL bis 24. MAI 2004

Mit Auftakt zum **18. Tschernobyl-Jahrestag** am 26. April gehen in Frankreich Aktivisten und Sympathisanten des Antiatom-Netzwerks Réseau Sortir du Nucléaire auf die **1. Tour de France antinucléaire**. Diese extreme Radtour gegen eine extreme Technologie durchquert bei einer Gesamtlänge von über 4.000 km vom Elsaß über Rhône-, Garonne- und Loire-Tal bis zur Normandie einen Großteil der AKW-bestückten Regionen des Landes. Natürlich ist auch jede/r Teilnehmer/in aus dem Ausland willkommen. – Koordinator: André Larivière, T: 00334/7176-3640, andre.lariviere@club-internet.fr.



7. - 9. MAI 2004, BERLIN

„**Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt - Analysen und Auswege**“. Mit Jakob von Uexküll (Begründer des Alternativen Nobelpreises), Bernard Lown, Helen Caldicott, Hermann Scheer MdB (Eurosolar-Europa), Hans-Peter Dürr, Konstantin Wecker u.a. Dieser Kongreß der Sektion Deutschland der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs und für Soziale Verantwortung (IPPNW-D) informiert über den aktuellen Stand der Gefahren durch A-Waffen und AKWe. Und will Auswege aufzeigen. Insbesondere wird er die Mechanismen, Interessensgruppen und Verflechtungen benennen, die eine atomare Abrüstung sowie einen tatsächlichen Ausstieg aus der Atomenergie verhindern. – Informationen: IPPNW Berlin, 0049-030-698074-0, oder www.atomkongress.de

24. MAI 2004, SALZBURG

Zum **10. Todestag von Robert JUNGK: „Zivilgesellschaft – Feigenblatt oder politische Zukunftsperspektive?“**, eine Enquête mit Adrian Reinert (Stiftung Mitarbeit, Bonn) und NGO-Vertreter/inne/n. Dazu und zu weiteren Jahrestags-Aktivitäten: Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, 0662/873 206-0; www.jungk-bibliothek.at. – Insbesondere folgt am 26. Mai, 19.00 Uhr, „**Haben Utopien ausgedient? Zum politischen Erbe von Robert Jungk**“, Festvortrag von Prof. Hans Peter Dürr (München; Alternativer Nobelpreisträger).



Versager:

Fuhrmann für Beistandspflicht

JVP-Chefin sieht Neutralität als „Relikt“

Die "5-oder-7-Euro-für-3-Wurstsemmeln"-Fuhrmann hat es wohl auch noch keine Stunde der Mühe wert gefunden, sich damit zu beschäftigen, wie die "Atomfreiheit" Österreichs errungen wurde, wie sie von den Regierungen verschlampt wird und wodurch sie entscheidend bedroht sein könnte. Vermutlich hat sich in ihrer Jungen ÖVP sogar die Erinnerung daran, wie diese Organisation immerhin einmal gegen die Atomenergie einigermaßen aktiv war, in neoliberaler, umweltbewußtloser Umnebelung verloren...

SZV/Neues Volksblatt
7. 1. 04

HOT SPOTS INTERNATIONAL

SZ 26.2.04 Israel fürchtet Vanunu Der Atom-Spion, der demnächst in Freiheit kommt, soll laufend überwacht werden

Von Thorsten Schmitz

Tel Aviv - Die israelische Regierung betrachtet die für den 21. April geplante Freilassung des Anti-Atom-Aktivisten Mordechai Vanunu mit großem Unbehagen. Das Massenblatt *Jerot Achronot* bezeichnete das Haftende des ehemaligen Technikers im israelischen Atomreaktor Dimona als „Alptraum für Israels Sicherheitssystem“. In der Nacht zum Mittwoch einigten sich Regierungschef Ariel Scharon, Justizminister Josef Lagod und die Generalstaatsanwaltschaft darauf, Vanunu nach seiner Freilassung aus Gründen zur Wahrung der Demokratie nicht unter Hausarrest zu stellen. Allerdings soll der 49-jährige Vanunu, der 1986 zum Christentum konvertierte, mit „legalen Mitteln überwacht werden“. Israelischen Medien zufolge sollen Vanunus Internet- und Telefonanschlüsse überwacht werden. Auch soll er keine Interviews geben dürfen.

Vor 18 Jahren hatte Vanunu mit der britischen *Sunday Times* über Israels bestgeheutes Geheimnis geplaudert, das Atomwaffenprogramm. Zusätzlich hatte Vanunu dem Blatt 60 Fotos vom Inneren des Reaktors ausgehändigt. Geld soll Vanunu für seine weltbekannten In-



Plauderte über Israels Atomprogramm: Mordechai Vanunu Foto: AP

formationen nicht erhalten haben, allerdings hat die *Sunday Times* mehrere zehntausend Dollar an Prozess- und Anwaltskosten gezahlt.

Vor wenigen Tagen haben Mitarbeiter des Geheimdienstes Vanunu in seiner Isolierzelle aufgesucht, um herauszufinden, ob er Reue zeige. Offenbar tut er das nicht. In dem dreistündigen Gespräch soll er sich „wenig kooperativ“ gezeigt haben. Andererseits ist die Sorge der israelischen Regierung, Vanunu könnte ab

dem 21. April weiteren Geheimnisverrat begehen, unbegründet: Vanunu hat den Atommeiher in der Negev-Wüste vor 20 Jahren das letzte Mal gesehen, seine Kenntnisse über Israels Atomwaffenprogramm dürften veraltet sein. Israel, das nicht zu den Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrags gehört, äußert sich nicht zu Behauptungen, es besitze und produziere Atomwaffen. Dass aber in Dimona Plutonium hergestellt wird, ist spätestens seit Vanunus Enthüllungen ein offenes Geheimnis. Die amerikanische „Vereinigung unabhängiger Wissenschaftler“ (FAS) bestätigt, dass Israel Atomwaffen besitzt und in Dimona Plutonium für etwa 200 Sprengköpfe produziert hat.

Der Aufwand, mit dem Vanunu 1986 mit Hilfe einer Mossad-Agentin von London nach Rom gelockt und anschließend vom israelischen Auslandsgeheimdienst nach Israel entführt wurde, spricht dafür, dass Israel über Atomwaffen verfügen könnte. Seinem Bruder, der ihn vor wenigen Tagen im Gefängnis in Ashkelon aufsuchte, erklärte Vanunu, er wolle Israel schnellstens verlassen und in den USA seinen Kampf gegen Atomwaffen fortsetzen – sollte Israel nicht seinen Beiseppass konfiszieren.

Die PN hat gelegentlich über M. Vanunus Schicksal berichtet und die PLAGÉ die in London ansässige Campaign To Free Vanunu bescheiden unterstützt, etwa mit Briefen an israelische Stellen. Pax Christi koordiniert in Österreich die Unterstützungsaktion zugunsten eines Lebens in (Bewegungs-)Freiheit nach der Haftentlassung. – Das Wort „Reue“ hätte die Süddeutsche Zeitung zumindest unter Anführungszeichen setzen können: Vanunu sieht sich seit eh und je als Gewissensgefangener, denn er wollte früh genug vor einem A-Waffen-Programm warnen, das im Pulverfaß Nahost nur zu einem nuklearen Wettrennen führen konnte – was sich inzwischen (s. Irak, Iran) immer offener bestätigt. Mit potentiell weltbedrohenden Folgen. Von Vanunu also „Reue“ zu erwarten, setzt den Zynismus fort, mit dem man ihn 18 Jahre hindurch, viele davon in Einzelhaft, wegen dieses „Verbrechens“ vom Leben abgeschnitten hat.

PLAGE ECHO

PLATTFORM NEWS

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Peter Machart, Heinz Stockinger, Thomas Neff.

Vereinsadresse, Redaktion:

5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. Bürozeiten: Mo-Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr e-mail: info@plage.cc. **Blattlinie:** Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau



Säuglingssterblichkeit nach Tschernobyl



Von Alfred Körblein, Dr.rer.nat., Dipl.-Phys. am Umweltinstitut München. Und :Zunahme der Perinatalsterblichkeit, Totgeburten und Fehlbildungen (...) in hochbelasteten deutschen und europäischen Regionen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl im April 1986. Von Hagen Scherb, Dr.rer.nat., Dipl.-Math. am staatl. GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, Neuherberg b. München. Bericht Nr. 24 des Otto-Hug-Strahleninstituts (2003), ISSN 0941-0791.

„Nebenwirkungen“ der Atomenergie



A4-Broschüre, hrsg. IPPNW-D (Sektion Deutschland der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs und für Soziale Verantwortung), 42 S., Berlin, August 2002. – Mit zT vernachlässigten Bereichen der Atomproblematik: Super-GAU und Jodblockade – Katastrophenschutz bei atomaren Unfällen (aus ärztlicher Sicht); Leukämieaufklärung und Radonmärchen; Mini-Atombomben aus dem Kugelschreiber; Wie Rot-Grün mit Paragraphen den Atommüll verschwinden läßt, u.a.m.

EU-Verfassung – Europa der Konzerne und Generäle?

Die EU-Verfassung aus der Sicht von Friedens-, Antiatom- und globalisierungskritischer Bewegung. A4-Broschüre, hrsg. Friedenswerkstatt Linz, o.D. (Herbst 2003), 54 S., Einzelpreis € 3,50. – Die Kapitelüberschriften zu den Beiträgen lassen an Eindeutigkeit gegenüber dem, was die erste Verfassung der Europäischen Union werden soll, nichts zu wünschen übrig: 1. Die Militärverfassung – II. Die Konkurrenzverfassung – III. Die Atomverfassung. Ein Kapitel IV. Strategien überlegt über „die EU-Militärverfassung – und wie wir sie in den Papierkorb befördern können.“ Das von den Linzern lancierte Friedensvolksbegehren wird als ein Teil der aktuellen Strategien vorgestellt. (Siehe Beilage zu dieser PN.)

Kontakt/Bestellungen:
Friedenswerkstatt Linz, Waltherstr.
15, 4020, Tel. 0732-771094,
friwe@aon.at,
office@friedensvolksbegehren.at,
www.friedensvolksbegehren.at

VIDEO

„Hungerstreik gegen Temelin“

Vor einem Jahr fasteten vier Atomgegner aus Oberösterreich und Salzburg am Ballhausplatz in Wien aus Protest gegen die zahnlose Atompolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem „Melker Prozeß“ und mit EURATOM. Heilmasseur Thomas Neff, PLAGE, hielt den Hungerstreik am längsten durch. (> PN 1/2003.) Neff und ein weiterer Hungerstreiker, Andreas Reimer (Mühlviertler TV), schneiden gerade zig-Stunden Aufnahmen zu einer Video-Dokumentation zusammen, die für Interessierte bei der PLAGE erhältlich sein wird.

DER BEREITS... 18. JAHRESTAG DER GRÖSSTEN INDUSTRIEKATASTROPHE BISHER STEHT BEVOR:

Verschlusssache Tschernobyl. Die geheimen Dokumente aus dem Kreml.

Von Alla Jaroshinskaja (die u.a. für diese lebensgefährliche Recherche den Alternativen Nobelpreis 1992 erhielt). 376 S., BasisDruck Verlag, Berlin 1994, ISBN 3-86163-062-1. Zäh kämpft die ursprüngliche Provinzjournalistin um das Recht, die Wahrheit zu suchen, zu finden und dann natürlich veröffentlichen zu dürfen. Unerbittlich dokumentiert sie mit Namen und Funktion, wer durch sein Schweigen, durch seine Lügen und durch angepasstes Verhalten dazu beigetragen hat, dass Millionen von Menschen uninformatiert, nicht gewarnt, ungeschützt von der Katastrophe getroffen wurden. Sie benennt Journalisten, Lokalpolitiker, Parteifunktionäre und Wissenschaftler, und sie gelangt schließlich bis an die Spitze des sowjetischen Staatswesens. Schneidend scharf wird das Buch mit seinem zweiten Teil, das 40 Geheimprotokolle aus den Kremlarchiven dokumentiert. Ein Husarenstück, wie die Autorin diese einmaligen Dokumente in ihren Besitz bringt. Anhand dieser Protokolle wird deutlich, auf welcher perfiden Weise das Lügengespinnst um Tschernobyl vom ersten Tag an systematisch, Faden um Faden, gesponnen wurde. Die Fragen der couragierten ukrainischen Journalistin wird niemand vergessen, der dieses schwere Buch in die Hand genommen hat. Für sie ist noch nicht selbstverständlich, dass Politiker über Leichen gehen, lügen, wegschauen.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

PLAGE

Überparteiliche Salzburger Plattform
gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc